

# Die Bankenkrise soll nicht zur Koalitionskrise werden

Es musste schnell gehen am Sonntagabend: Kanzlerin und SPD fanden zum Konsens – und versuchten sich an einer Beruhigung der Nation.

VON REINHARD URSCHEL

**Berlin.** Ein Sozialdemokrat, der sonst aufrecht zu seinem Wort steht, will mit einem nachdenklichen Satz über die Abfolge von Krisengesprächen in Berlin nicht namentlich zitiert werden. Aber er muss ihn am Sonntagnachmittag doch loswerden. Er habe, sagt er, den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus erlebt. Dass er nun den Zusammenbruch des Kapitalismus erleben müsse, könne er kaum glauben.

Vor Tagen noch hätten seine Zuhörer vielleicht gelacht über die Vorstellung, womöglich das Wort Schadenfreude gebraucht. Doch nichts davon ist angemessen.

Es gilt Zurückhaltung zu üben in dieser Stunde schwieriger Verhandlungen im Berliner Kanzleramt und im Finanzministerium über einen Ausweg aus einer aufernden Finanzkrise. Ursprünglich hatte man sich eine routinierte Fortsetzung der Geschäfte in der Großen Koalition vorgenommen, nach überstandener Landtagswahl in Bayern. Seit fünf Monaten hat der Koalitionsausschuss nicht mehr getagt. Die großen Streitthemen sollten nun beigelegt werden, weil der Druck weg ist, auf wechselnde Wählergruppen Rücksicht nehmen zu müssen.

Die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung war im Grunde schon vorher ausgehandelt gewesen, dass nun eine genaue Zahl (von 3,3 auf 2,8 Prozent) gefunden wurde, spricht für das Verhandlungsgeschick der Kanzlerin. Ähnlich hat es ausgesehen mit dem Kindergeld und den dazugehörigen Freibeträgen. Wenn sich die Sache mit der Erbschaftsteuer schwieriger gestaltete als von Seiten der SPD immer wieder behauptet, so sollte doch in eigens dafür geschaffenen Runden Einigkeit erzielt werden. Gesichtswahrung war da durchaus politisches Ziel.

Zugleich aber ist über die Politikpause am Nationalfeiertag sorgsam registriert worden: Der vormalige und künftige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering hat es zugelassen, dass eine Passage seines neuen Buches an die Öffentlichkeit kam, in der er der Bundeskanzlerin einen Mangel an inhaltlicher Führung vorhält. „Mein Eindruck ist“, schreibt Müntefering, „dass die politische Führung – und das ist zuerst die Bundeskanzlerin – unklar lässt, was denn eigentlich in unserer Gesellschaft politisch nötig ist und wohin die Reise gehen soll. Dieser Eindruck hat sich in den letzten beiden Jahren leider verstärkt. Aber ohne eine vernünftige politische Führung kann das Land nicht den vernünftigen Weg nach vorn finden.“

Als Müntefering diesen Vorwurf formulierte, konnte er kaum ahnen, welche Herausforderungen die internationale Finanzkrise auch an die Koalition in Berlin stellen würde. Dass er „Bild“ die Genehmigung erteilte, das Zitat ausgerechnet vor dem Koalitionsgipfel zu publizieren, ist sicher kein Zufall. Jetzt, so

lauten Vorwurf und Wunsch in einem, sei es an der Zeit, dass die Kanzlerin ihre Führungskraft beweise.

Auf persönliche Befindlichkeiten wird gegenwärtig keine Rücksicht genommen in der Politik. Weil aber bei den Sozialdemokraten eines unverrückbar gilt, nämlich die politische Kleiderordnung, ist Müntefering am Sonntagnachmittag nicht mitgegangen ins Kanzleramt. Schließlich wird er erst in knapp zwei Wochen zum Parteivorsitzenden gewählt. Nicht nur deshalb ist die Runde, vollkommen im Widerspruch zu der Folgeschwere der Entscheidungen, nur eingeschränkt geschäftsfähig. Weil der zwar anwesende, demnächst aber aus dem Amt scheidende CSU-Vorsitzende Erwin Huber als „lahme Ente“ zu gelten hat und kein gewählter SPD-Vorsitzender dabei

## In der Stunde schwieriger Verhandlungen ...

ist, der in seiner Person den Rückhalt der Partei zusichern kann, fehlt die Absicherung in zwei wichtigen Lagern. Kurt Beck ist natürlich nicht mehr gekommen.

Der Runde gehören normalerweise neun ständige Mitglieder an. Neben der Kanzlerin und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier (SPD) sind dies die Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU) und Peter Struck (SPD) sowie CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer, Kanzleramtschef Thomas de Maizière (CDU) und Finanzminister Peer Steinbrück (SPD). Steinmeiers Stimme müsste doppelt zählen, als die des Vizekanzlers und die des amtierenden SPD-Vorsitzenden, doch in dem Gremium fallen keine Mehrheitsbeschlüsse. Es herrscht das Konsensprinzip, weniger geschäftsmäßig ausgedrückt: man akzeptiert einerseits die Geschäftsgelassenheit des Basars, andererseits herrscht Einigungszwang.

Die Bereitschaft dazu erweist sich an diesem Sonntag als dringend notwendig. Und als gegeben. Am frühen Morgen

trommelt das Finanzministerium eine Gruppe von Experten aus Vertretern der Regierung, der Bundesbank und der Finanzmarktaufsicht zusammen, weil das Management von

Hypo Real Estate nicht mehr anders konnte als ein neues Liquiditätsloch einzugestehen.

„Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich mit vielen anderen ziemlich entsetzt bin, dass das Management dieser Bankengruppe in den letzten Tagen ein weiteres Liquiditätsloch in ungeahnter Milliardenhöhe offengelegt hat“, klagt ein sozialdemokratischer Teilnehmer der Runde.

Die Bankenvertreter sind die gleichen, die schon das 35-Milliarden-Paket mitgeschmürt haben, das umgehend als wirkungslos verworfen worden ist: Bundesbank-Präsident Axel Weber, Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann sowie der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken, Klaus-Peter Müller. Steinbrück lässt, fast zeitgleich zum Eintreffen der Banker, seinen Sprecher



„Wer uns die Scherben vor die Tür kippt, der muss auch beim Aufkehren helfen“: Kanzlerin und Finanzminister nehmen es mit den Banken auf. dpa

Thorsten Albig ein Statement an die Medien geben, das lautet: „Wer uns die Scherben vor die Tür kippt, der muss auch beim Aufkehren helfen.“ Die anfängliche Versuchung ist längst gewichen, angesichts dieser Ansammlung von harten Kämpfern für eine Liberalisierung des Finanzmarktes und ihrer Bittprozession zum Staat so etwas wie Schadenfreude zuzulassen. In jedem Teilnahmegericht lässt sich mit etwas Phantasie ein Fragezeichen erkennen: Was kommt noch?

Die Koalitionsumrunde im Kanzleramt rückt derweil in den Hintergrund, sie kann am Ende nur Beschlussorgan sein

für das, was die Experten zuvor ausgehandelt haben. Die Vorgaben aus dem Finanzministerium für die Runde sind allgemein genug formuliert, dass allen rasch klar wird, dass es in erster Linie gilt, eine Panik unter den Sparerinnen und Sparern im Land zu vermeiden. Die Bundesregierung wiederum, lautet das erste Wort der Kanzlerin an die Expertenrunde im Finanzministerium, werde es nicht zulassen, „dass die Schiefelage eines Finanzinstituts zu einer Schiefelage des gesamten Systems wird“. Finanzminister Steinbrück erhöht den Einigungsdruck mit der Bemerkung, man müsse bis zu Eröffnung der Börsen in Fernost

um 2 Uhr hiesiger Zeit eine Lösung gefunden haben. So lange will die Kanzlerin am Sonntag nicht warten, ohne wenigstens ein Signal zur Verhinderung von Panikattacken in der Bevölkerung ausgesandt zu haben. Sie entschließt sich zu einem Statement.

Kein Sparer müsse in Deutschland um seine Bankeinlagen fürchten, versichert sie. Dafür stehe die Bundesregierung ein. Steinbrück fügt hinzu: „Dies ist ein wichtiges Signal, damit es zu Beruhigung kommt.“ Ein Signal zur Beruhigung von der Spitze des Staates haben die Menschen am Sonntag bekommen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

## Bundeswehr darf im Inland eingreifen

VON CHRISTIAN RATH

**Berlin.** Die Bundeswehr soll künftig auch im Inland gegen Terroristen eingesetzt werden können. Auf eine entsprechende Grundgesetzänderung haben sich die Spitzen von CDU/CSU und SPD am Sonntagabend im Kanzleramt geeinigt.

Vorausgegangen war eine jahrelange Debatte, an deren Beginn die SPD Änderungen komplett ausgeschlossen hatte. Im späteren Verlauf rückte dann eine sogenannte kleine Lösung in den Blick.

Bei der jetzt verabredeten Reform werden zwar nicht alle Wünsche von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) erfüllt. In vielen Punkten aber folgt die „kleine Lösung“ ganz seinen Vorstellungen. Konkret haben sich SPD und Union auf eine Ergänzung von Artikel 35 des Grundgesetzes geeinigt, der die Amtshilfe regelt. Dort soll es künftig heißen: „Reichen zur Abwehr eines besonders schweren Unglücksfalles polizeiliche Mittel nicht aus, so kann die Bundeswehr den Einsatz der Streitkräfte mit militärischen Waffen anordnen.“ Als abzuwehrender Unglücksfall gilt auch ein Terroranschlag.

Eigentlich sollte die Bundeswehr nur zur Abwehr von Gefahren „aus dem Luftraum und von See her“ eingesetzt werden, so der ursprüngliche Vorschlag der SPD. Nach dem neuen Koalitionsplan ist aber auch der viel typischere Fall erfasst, dass Terroristen vom Boden aus agieren, etwa mit Bomben. Anders als von der SPD ursprünglich gefordert, muss der zu verhindernde Anschlag auch nicht „unmittelbar“ bevorstehen. So könnte die Polizei künftig schon im Fall einer Terrorwarnung auch Panzer der Bundeswehr anfordern.

Zwar darf die Bundeswehr schon nach geltendem Recht bei drohenden Unglücksfällen eingesetzt werden – aber nicht mit militärischen Waffen. So blieb es dabei, dass etwa bei einem bevorstehenden Angriff aus der Luft mit einem Terroristen in einem Segelflieger die Bundeswehr zwar technisch eingreifen konnte, es aber aus rechtlichen Gründen nicht durfte. Die Polizei indes durfte eingreifen, konnte es aber technisch nicht. Künftig kann die Bundeswehr der Polizei in diesem Fall „mit militärischen Waffen“ zu Hilfe eilen und beispielsweise ein Jagdflugzeug einsetzen.

Ungeregelt bleibt indessen der Fall, in dem eine Gefahr aus der Luft von einem mit Hunderten Unschuldigen besetzten Passagierflugzeug droht. Das Bundesverfassungsgericht hatte für diesen Fall eine generelle Abschusserlaubnis nicht erteilt. Sie ist auch im neuen Koalitionsmodell nicht enthalten. Außerdem gut Schäuble seinen Vorschlag zurück, die Bundeswehr zum Objektschutz im Innern heranzuziehen, wenn bei der Polizei Personalnot besteht.

# Demokratie? Islam? Beides?

Die 11. Hannah-Arendt-Tage und Außenminister Steinmeier beschäftigen sich mit dem politischen Weg der Türkei

VON ANDREAS SCHINKEL

**Hannover.** Politik bedeutet, eine Handlung ganz neu beginnen zu können, meinte die Philosophin Hannah Arendt. Einen solchen Neustart, wie man heute sagen würde, erlebt die Türkei derzeit in vielerlei Hinsicht. So hat sich ihr Regierungschef Recep Erdogan seit seiner Machtübernahme vor sechs Jahren vom frömmelnden Saulus zum säkularen Paulus gewandelt. Ebenso ist seine Partei, die AKP, nach eigenem Bekunden vom islamisch geprägten Konservatismus abgerückt und vertritt jetzt einen pragmatischen Wirtschaftsliberalismus.

Die politischen Gegner zweifeln an der Glaubwürdigkeit dieser Wandlung, doch lässt sich nicht übersehen, dass die Re-

gierungspartei Reformen in Gang setzt, die das Land auf einen freiheitlichen Kurs bringen: So wurde die Todesstrafe abgeschafft, die Versammlungsfreiheit gewährleistet, Minderheitenrechte eingeräumt und die Vormachtstellung des Mannes in der Ehe abgeschafft – jedenfalls auf dem Papier. Gleichzeitig bekommt die AKP Rückenwind vom wirtschaftlichen Aufschwung: Die türkische Wirtschaft wächst in diesem Jahr voraussichtlich um sechs Prozent, die Einkommen steigen und die Inflation sinkt. Gelingt der Türkei in dieser Situation das Kunststück, Demokratie und Islam zu versöhnen, und doch noch ein vollwertiges Mitglied der Europäischen Union zu werden?

Diese und andere Fragen wurden am

Sonntagabend während der 11. Hannah-Arendt-Tage im hannoverschen Rathaus erörtert. Stargast des Vormittags war Außenminister, Vizekanzler und SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier, der auch die Eröffnungsrede zum Thema „Wohin geht die Türkei? Bestandsvoraussetzungen und Sicherungen des demokratischen Staates“ hielt. Steinmeier bekräftigte, dass die Beitrittsverhandlungen zwischen EU und Türkei erfolgreich zu Ende geführt werden müssten. Für ihn hat die Türkei vor allem strategische Bedeutung, als Brücke zwischen Okzident und Orient, aber auch als Bollwerk gegen die Gefahren aus dem Nahen Osten.

„Seit vielen Jahren ist die Grenze der Türkei zum Iran stabil“, sagte Steinmeier

er. Daher sei es unabdingbar, die Türkei „intensiver an der Lösung des Konflikts mit dem Iran zu beteiligen“. Der Außenminister spielte damit auf das iranische Nuklearprogramm an, hinter dem die Mehrzahl der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen ein Programm zum Bau von Atomwaffen vermuten.

Im Grunde sieht Steinmeier die Türkei bereits auf einem guten Weg in die EU. So fange die Türkei endlich an, Verantwortung für ihre eigene Geschichte zu übernehmen, das zeige der Besuch von Präsident Abdullah Gül in Armenien. „Die Auseinandersetzung mit der eigenen Identität ist ein Teil des Weges zu einer europäischen Identität“, sagte Steinmeier. Das spiegle auch das Denken Hannah Arendts wider. Zeit ihres Lebens habe sie ihre deutschen und jüdischen Wurzeln hinterfragt – und sei dadurch zu einer kosmopolitischen Denkerin geworden.

Bisher hatte die Türkei das Massaker an den Armeniern im Jahre 1915 mit dem Mantel des Schweigens bedeckt und Kritiker dieses Schweigens vor Gericht gestellt, weil sie gegen den Strafrechtsparagrafen 301 verstießen, der die „Herabwürdigung des Türkentums“ unter Strafe stellt. Sogar Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk stolperte vor einigen Jahren über den berüchtigten Paragrafen, als er in einem Zeitungsinterview kritisierte, dass der Genozid an den Armeniern totgeschwiegen werde. Die regierende AKP hat diesen Paragrafen zwar entschärft, aber nicht abgeschafft.

Auch die Kopftuchdebatte in der Türkei sieht der Außenminister in einem milden Licht. Den Versuch der Regierung Erdogan, das Kopftuchverbot in den türkischen Universitäten aufzuheben, versteht Steinmeier als Weg in eine „postnationalistische Gesellschaft“. Was er damit meinte, erfuhren die rund 350 Zuhörer im hannoverschen Rathaus dann von den anderen prominenten Gästen der Hannah-Arendt-Tage. „Das Kopftuch soll eine Option sein“, erläuterte Cunejd Zapsu, Mitbegründer der



„Die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei müssen erfolgreich zu Ende geführt werden“: Frank-Walter Steinmeier.

AKP und Berater von Ministerpräsident Erdogan. Die Aufhebung des Kopftuchverbots müsse als Akt der Liberalisierung verstanden werden, die Religion werde gewissermaßen der staatlichen Kontrolle entzogen. Dass damit auch einer schleichenden Islamisierung der türkischen Gesellschaft Tür und Tor geöffnet werden könnte, wies Zapsu zurück: „Natürlich sieht man inzwischen mehr Frauen mit Kopftuch auf den Straßen, aber nur, weil sie sich das jetzt trauen.“

Das Kopftuch als neues Zeichen der Emanzipation – auf eine solche Umwertung wollte sich der Berliner Politologe Herfried Münkler nicht einlassen. „Es kommt darauf an, wer darüber entscheidet, ob das Kopftuch getragen wird“, wendete Münkler ein. Verfügt der Familienvater über die Verhüllungsmacht oder knotet sich die Frau aus freien Stücken das Tuch um den Kopf? Nur im zweiten Fall könne man von individueller Freiheit sprechen. „Das Kopftuch tragen ohnehin fast nur Frauen aus der Landbevölkerung“, meinte Vural Öger, Europaabgeordneter der SPD und Grün-

der des Reiseunternehmens Öger Tours. Für die Städterinnen sei das unverhüllte Haupt noch immer ein deutliches Zeichen ihrer Emanzipation. „Auch meine Töchter tragen kein Kopftuch“, beilegte sich Zapsu hinzuzufügen. Seine Parteikollegen sehen das anders: Der überwiegende Teil der Frauen von AKP-Funktionären verhüllt ihr Haupt, allen voran Erdogans Frau Emine.

Wohin ist Türkei also unterwegs? Schlägt das Pendel unter der islamisch-konservativen AKP mehr in Richtung Religion aus, nähert sie sich ihren östlichen Nachbarn, etwa Iran und Syrien an? Oder geht die Türkei in Richtung Westen, ohne jedoch den Islam aus ihrem gesellschaftlichen Leben zu verbannen? Beides ist gleichermaßen möglich und zu einem abschließenden Urteil hätte sich wohl auch Hannah Arendt nicht durchringen können. Aber sie wollte auch nicht orakeln, sondern verstehen, das heißt „der Wirklichkeit ins Auge sehen“. Diesem Anspruch sind die Hannah-Arendt-Tage auch in diesem Jahr gerecht geworden.

## NACHGEFRAGT ...

... bei **VURAL ÖGER**, Europaabgeordneter der SPD und Gründer des Reiseunternehmens Öger Tours.

## „Anatolien in die Moderne geholt“

Herr Öger, wann ist die Demokratie in der Türkei derart festigt, dass das Land der EU beitreten kann?

Die Türkei braucht wohl noch sieben bis zehn Jahre. Das heißt aber nicht, dass das Land derzeit undemokratisch ist. Gerade die Regierung Erdogan hat viele Reformen auf den Weg gebracht, so dass sich die Türkei auf einem festen Kurs Richtung Europa befindet. Die Demokratie muss sich aber noch in den Köpfen der Bevölkerung festsetzen. Das ist weniger ein politisches Problem als vielmehr eine Frage des Mentalitätswandels.

Es scheint, dass die Modernisierung des Landes nicht nur auf Zustimmung stößt. Welches sind die inneren Feinde der Türkei? Innere Feinde gibt es nicht, die Gesellschaft ist einfach heterogen. Auf der einen Seite die anatolische Landbevölkerung,

die seit einigen Jahren in die Städte strömt, aber noch sehr traditionell ist. Das sind übrigens diejenigen, die das Türkei-Bild in Deutschland bestimmen. Auf der anderen Seite steht das städtische Bürgertum, das sich modern und weltoffen gibt. Sichtbares Zeichen dieser Unterschiede ist das Kopftuch, das unter der Landbevölkerung sehr verbreitet ist, aber von den meisten Städterinnen abgelegt wird.

Der Philosoph Aristoteles hat gesagt, Demokratie sei die Herrschaft der Armen. Ist der Aufstieg der Regierungspartei AKP, getragen von der ärmeren Bevölkerungsschicht, als Demokratisierungsschub zu verstehen? Unbedingt. Die ärmere Landbevölkerung fühlt sich von der AKP, die sowohl für konservative Werte als auch für Wirtschaftsliberalität steht, gut vertreten. Zum ersten Mal nimmt die Landbevölke-

rung damit aktiv an der Politik teil. Die AKP hat Anatolien in die Moderne geholt. Damit tun sich Teile der etablierten politischen Eliten aus dem Militär und dem Bürgertum schwer.

Die AKP genießt nicht nur Vertrauen. Der Partei wird vorgeworfen, sie betriebe eine schleichende Islamisierung der Gesellschaft. Das ist nicht richtig. Die AKP hat sich klar zur Trennung von Staat und Religion bekannt. Im Zuge der günstigen Wirtschaftsentwicklung werden die Menschen einfach individueller und befreien sich von Dogmen. Politiker, die sich in laizistischer Tradition wähnen, wollen im Grunde die Religion staatlich kontrollieren, jetzt gesteht die AKP ihr mehr Freiräume zu. Was soll daran falsch sein?

Interview: Andreas Schinkel

